

## Unsere unterwanderten Jahre

Die barbarische und gar nicht schöne Infiltration der Studentenbewegung durch die Organe der Staatssicherheit / Von Wolfgang Kraushaar

Mitte der siebziger Jahre war Rudi Dutschke fest davon überzeugt, er könne jederzeit ermordet werden. Wenn das geschähe, so Dutschke in einem testamentarischen Brief, wäre es die Tat der Stasi oder des KGB. Offenbar hatte Dutschke den Eindruck, den Geheimdiensten hilflos ausgeliefert zu sein. Ahnte er, wie weit es ihren Agenten gelungen war, die Studentenbewegung zu infiltrieren und für ihre Zwecke zu benutzen? Das Ausmaß der Unterwanderung und die Parteien, die ferngesteuert den Aufstand im Westen probten, beschreibt der Historiker Wolfgang Kraushaar anhand von erstmals zugänglichen Dokumenten der Gauck-Behörde. F.A.Z.

Es ist der 11. April 1985, der siebzehnte Jahrestag des Attentats auf Rudi Dutschke. Seine Witwe Gretchen nimmt erstmals das Tagebuch zur Hand, das ihr Mann bis zu seinem Tod geführt hat. Aus einer Mischung aus Trauer und Scheu hat sie es nicht anzurühren gewagt, seitdem er am Heiligabend 1979 an den Spätfolgen des Anschlags, den der Rechtsradikale Josef Bachmann am Gründonnerstag 1968 auf ihn verübt hat, in der dänischen Universitätsstadt Aarhus gestorben ist. Beim Durchblättern der Seiten fällt plötzlich etwas heraus. Es ist ein Briefumschlag. Sie hebt ihn verwundert vom Boden auf und stellt fest, daß er verschlossen ist. Auf der Vorderseite steht: "Für Gretchen Klotz-D. (nur öffnen, wenn ‚Unglück‘ passiert)". Und auf der Rückseite ist in Großbuchstaben mehrmals über die Klebelasche "R.D." geschrieben, fast so, als habe der Verfasser mit seinen Initialen eine Art Siegel aufdrücken wollen, um die Echtheit des Schreibens unter Beweis zu stellen und eine Öffnung durch unbefugte Dritte zu erschweren. Die Schrift läßt keinen Zweifel daran, daß der Brief von ihrem verstorbenen Mann stammt. Alles mögliche schießt ihr durch den Kopf. Doch bevor sie sich Vorwürfe machen kann, das Tagebuch nicht bereits früher durchgesehen zu haben, reißt sie mit zitternden Fingern den Umschlag auf. Ihr ist sofort klar, daß es ein besonders wichtiger Brief sein muß, den sie in ihren Händen hält.

Das Schreiben ist zehn Jahre alt. Es stammt vom 25. Februar 1975 und ist in West-Berlin aufgesetzt worden. Aufgeregt und unter großer Anspannung überfliegt sie erst einmal flüchtig den Text, dann liest sie ihn sich durch. "Liebes Gretchen", steht dort

mit der ihr so vertrauten, etwas hilflos wirkenden Schrift, "mir ist die Sache nicht ganz klar, aber dennoch muß ich Dir einige Zeilen mitgeben - für den ‚Fall aller Fälle‘. Du hast mir wenig geglaubt in meiner Einschätzung von Personen aus unserem Umkreis. Darum hat es auch keinen Sinn, Dir meine Überzeugungen und Begründungen niederzuschreiben. Nur eins sollst Du nie aus dem Kopf verlieren, daß ist die 99,9-Prozent-Überzeugung von mir, daß, wenn es einen ‚Abgang‘ von mir gibt, dann ist das in der gegenwärtigen Phase eher durchgeführt durch SU-DDR-Geheimdienst als durch westlichen . . .

Was das Interesse für den ersteren wäre? Ganz einfach, und ohne Überheblichkeit, ich bin für sie leider die einzige wirkliche theoretische und politische Herausforderung . . .

Habe keine Lust, mich draufgehen zu lassen, werde wie ein Fuchs aufpassen. Aber nichts ist unmöglich. Darum schreibe ich diese Zeilen. Sie haben Sinn nur für den Fall . . .

Unseren beiden Kindern Ho und Po muß Du alles (!) erzählen, besonders dann, wenn sie die Geschichte der Kämpfe für die Befreiung schon besser durchschauen können.

So, wie gerne ich mit Dir zusammenleben möchte, habe ich oft gesagt, erkläre es hier noch einmal. Wir hatten ein barbarisches, aber oft auch schönes Leben miteinander. Hoffentlich geht es besser weiter.

Seid umarmt Rudi

P.S.: Habe mich gut unter Kontrolle . . ."

Dutschke fürchtete nun das

Attentat von der anderen Seite

Rudi Dutschkes Brief ist vieles in einem: ein Abschiedsbrief, ein Liebesbrief und eine Art Testament; ein Dokument der Angst, der Hoffnung und des Überlebenswillens. Offenbar war er so fest davon überzeugt, von der Stasi oder vom KGB ermordet zu werden, daß er zumindest etwas hinterlassen wollte, was mit möglichen Zweifeln an seinem Tod aufräumen sollte. Er wollte auf jeden Fall verhindern, daß seine Frau und ihre beiden Kinder in Unkenntnis gelassen würden.

Für Gretchen Dutschke ist der Brief so persönlich, ja intim, daß sie ihn nicht an die Öffentlichkeit gibt. Erst als sie später eine Biographie über ihren Mann schreibt, zitiert sie daraus und nimmt eine Zeile als Titel des Buches. Sie weiß, daß das Schreiben auch ein Politikum darstellt. Doch inzwischen ist alles zu spät; niemand kann ihr ihren Mann zurückgeben. Er hat, während er 1979 am Nachmittag vor dem Weihnachtsfest in der Badewanne lag, einen epileptischen Anfall bekommen und ist daran gestorben. Sie war ganz in seiner Nähe, in einem Nebenzimmer, und ist sicher, daß niemand seine Hände dabei im Spiel hatte. Auch die Obduktion hat keinerlei Anhaltspunkte für eine Fremdeinwirkung ergeben. Trotzdem spürt sie, wie ohnmächtig und verzweifelt sich ihr Mann damals gefühlt haben muß.

Als alles anfing, im Juni 1967 nach dem Tod Benno Ohnesorgs, ließ die SED den Trauerkonvoi, der in West-Berlin mit dem Leichnam des von einem Polizisten erschossenen Germanistikstudenten zur Beerdigung nach Hannover startete, unkontrolliert die Grenzsicherungsanlagen der DDR passieren. Mit schwarzen Fahnen bestückt, fuhren mehr als hundert Personenwagen, ohne die damals üblichen stundenlangen Wartezeiten erdulden und die obligatorischen Durchfahrtsgebühren berappen zu müssen, in Marienfelde über die Grenze. Als sich der Lindwurm an Fahrzeugen näherte, bildeten die Soldaten sogar ein Spalier und erboten dem Toten die letzte Ehre. Unterwegs waren auf fast allen Autobahnbrücken der Transitstrecke Jugendliche zu sehen, die dem Troß zuwinkten. Das Ganze trug Züge eines inoffiziellen Staatsaktes der DDR. Wer diese Symbolik jedoch als eine wirkliche Unterstützung der Studentenbewegung verstanden hätte, wäre einem Mißverständnis aufgesessen.

Die SED versuchte, wie hätte es anders sein sollen, die Außerparlamentarische Opposition (Apo) und insbesondere deren Motor, den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), für ihre Zwecke zu benutzen. Bereits in den Jahren zuvor hatte es immer wieder unverkennbare Anzeichen für dreiste Einflußnahmen, hinterlistige Manipulations- und Steuerungsversuche aus Ost-Berlin gegeben. Insbesondere der Ablauf großer Veranstaltungen wie der des Studentenkongresses gegen Atomrüstung 1959 in West-Berlin zeigten, wie weit der Einfluß der SED zu reichen vermochte. Bei Abstimmungen um die seinerzeit besonders brisanten deutschlandpolitischen Fragen setzte sich ein ums andere Mal die von Mitgliedern der illegalen KPD angeführte Gruppe um die Zeitschrift "Konkret" mit ihren von der SED vorgegebenen Positionen durch. In welcher Form das eingefädelt und umgesetzt wurde, das läßt sich heute in der Gauck-Behörde nachlesen. Zahlreiche Protokolle von Treffen in konspirativen Ost-Berliner Wohnungen, bei denen Klaus Rainer Röhl, Ulrike Meinhof und andere von Mitarbeitern der Staatssicherheit ihre Instruktionen entgegengenommen haben, liegen nun vor. Daß Herbert Wehner 1961 in der SPD

darauf gedrungen hat, sich angesichts solcher immer massiver werdenden Tendenzen vom SDS zu trennen, kann heute kaum noch verwundern. Der ehemalige Kommunist kannte aus eigener Erfahrung nur zu genau die Techniken, mit denen Organisationen unterwandert und ferngesteuert wurden.

Wie solche Aufgabenstellungen und Anweisungen im einzelnen aussahen, geht beispielsweise aus einer Beschlüßvorlage für das Politbüro vom Oktober 1962 hervor. In einem vierzehn Punkte umfassenden "Maßnahmeplan" wird allen KPD-Mitgliedern, die an westdeutschen Universitäten studieren, angeraten, in die jeweilige SDS-Hochschulgruppe vor Ort zu gehen, dort "eine ständige Verbindung" zum SDS-Vorsitzenden aufrechtzuerhalten und zur Schulung in den Semesterferien Seminare über politische Fragen zu besuchen. Den einzelnen SDS-Gruppen wird weiter erklärt, welche Veranstaltungen zu organisieren, welche Referenten zu gewinnen sind und wie sie ihre Mitgliederbasis weiter verstärken könnten.

Nach der Bildung der Großen Koalition entstand für die Machthaber in Ost-Berlin eine ambivalente Situation. Einerseits wuchs das politische Potential, das dem Regierungsbündnis zwischen CDU/CSU und SPD kritisch beziehungsweise ablehnend gegenüberstand, andererseits aber auch das eigene Mißtrauen, in welche Richtung sich diese Kräfte entwickeln würden. Die SED begrüßte zwar die stärker werdende Oppositionsbewegung, hegte jedoch die Befürchtung, daß ihr die ansonsten so nützliche Bewegung entgleiten und sie die Kontrolle über deren politische Ziele verlieren könnte. Ja, sie durfte es sogar für nicht gänzlich ausgeschlossen halten, daß sich die sogenannte Neue Linke eines Tages gegen das eigene sozialistische System richten würde, das sie in der DDR über Jahrzehnte hinweg mit einem so hohen Planungs- und Sicherheitsaufwand aufgebaut hatte. Die Tatsache, daß West-Berlin das Zentrum der Apo und mit Rudi Dutschke ein Republikflüchtling ihre Führungsfigur war, mußte ihr als besonders riskant, wenn nicht gar gefährlich erscheinen.

Der starke Mann der SED, Walter Ulbricht, gab auf dem VII. Parteitag im April 1967 die Marschroute vor. Die für die Staatspartei brauchbaren Teile der sogenannten westdeutschen Intelligenz sollten integriert, die unbrauchbaren isoliert und abgedrängt werden. Kurze Zeit später kursierte im SED-Politbüro ein Geheimpapier über "Protest und Widerstand junger Menschen", in dem ein regelrechtes Aktionsprogramm für die Apo entwickelt wird. "Es geht jetzt darum", heißt es darin, "den in Kreisen der Jugend und Studenten in Westdeutschland und Westberlin vorhandenen Widerstand gegen die westdeutsche Regierungspolitik sowie die Forderungen nach einer Veränderung der bisherigen Politik und die Aktionen der progressiven Kräfte in den verschiedenen Jugend- und Studentenverbänden zu einer

gelenkten und die Kräfte vereinigenden Bewegung der Jugend in Westdeutschland und Westberlin zu entwickeln . . . Die Bewegung soll ihrem Charakter und ihrer Zielsetzung nach eine antifaschistische, antimilitaristische, antimonopolistische, demokratische Bewegung sein."

Eine besondere Rolle nimmt im Zusammenhang mit Apo und SDS die Gruppe um den Marburger Politikwissenschaftler Professor Wolfgang Abendroth ein. Mitte Juli 1967 führt ein Dr. Jahnke im Auftrag der Westabteilung des Zentralkomitees Gespräche mit Abendroth über die Gründung einer sozialistischen Partei in Westdeutschland. Darin geht es vor allem um die Klärung der nötigen Voraussetzungen, um einer solchen Partei zum Sprung in den Bundestag zu verhelfen. Für die Neugründung, heißt es, sei eine enge Abstimmung mit der KPD- und SED-Führung vonnöten. Zusammen mit der KPD müsse die sozialistische Partei das "Zentrum für eine breite demokratisch-antiimperialistische Bewegung" bilden. Im Laufe der weiteren Entwicklung solle dann eine Verschmelzung beider Organisationen erwogen werden. Existenzberechtigung habe eine solche Partei aber nur dann, wenn es in allen entscheidenden Fragen "eine weitgehende Übereinstimmung mit der DDR und den führenden Genossen der SED" gäbe. Mit der Ausarbeitung eines Aktionsprogramms, versichert Abendroth, seien bereits Mitarbeiter seines Instituts an der Philipps-Universität beschäftigt. Als Vorsichtsmaßnahme, heißt es in dem "streng vertraulichen" Gesprächsprotokoll weiter, habe Abendroth darum gebeten, "nach Möglichkeit zu veranlassen, daß nicht zu häufig über sein Auftreten im Fernsehen und anderen Publikationsorganen der DDR berichtet" werde.

Neben sich wollte die SED

keine linken Götter dulden

Als sich im September 1967 die undogmatisch-antiautoritäre Fraktion (vor allem in West-Berlin und Frankfurt) im SDS gegen die orthodox-kommunistische (in Bonn, Köln und Marburg) durchsetzt und den neuen Bundesvorstand bildet, wird die Situation für die SED schwierig. Mit besonderem Mißtrauen wird beobachtet, wie sich Dutschke, der es mit seinem Charisma nicht nur versteht, die Säle großer Veranstaltungen zu füllen, sondern auch immer mehr Beachtung in den Massenmedien findet, zur Sowjetunion und zur DDR stellt. So vermerkt der IM "Walter Rosenow" in einem seiner Treffberichte genau, daß Dutschke auf einer Gedenkveranstaltung zum fünfzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution in der Neuköllner Hasenheide erstmals von "unseren sowjetischen Freunden" spricht.

Ein letzter großer Anlauf, sich auf eine gemeinsame Vorgehensweise zu einigen, wird im Januar 1968 im Vorfeld des Internationalen Vietnam-Kongresses in West-Berlin unternommen. Obwohl Dutschke zusichert, daß es auf dem Kongreß keine "antisowjetischen Ausfälle" geben werde, kann keine Einigkeit über Redner und Ablauf der Veranstaltung erzielt werden. Nachdem es den FDJ-Funktionären mißlungen ist, kommunistischen Organisationen bei der aufsehenerregenden Veranstaltung einen besonderen Stellenwert einzuräumen, ändert sich das Verhalten der SED spürbar. Sie schaltet nun mehr und mehr von einer Umarmungs- auf eine Spaltungsstrategie um. Der Einfluß der Antiautoritären, die zudem offen mit den Kräften des Prager Frühlings sympathisieren, wird, wo immer möglich, bekämpft.

Besonders deutlich wird das am 1. Mai 1968 in West-Berlin. Mit einer ganzen Serie professionell gemachter Flugblätter wird zu einer Gegenkundgebung mobilisiert, die die Aufgabe hat, den angeblich "seit zwanzig Jahren" praktizierten Mißbrauch des Feiertags der Arbeiterbewegung "für die Verkündung antikommunistischer Durchhalteparolen" zu durchbrechen. In einer "streng vertraulichen/persönlichen" SED-Hausmitteilung an den "Genossen Albert Norden" von der Westabteilung wird angeboten, "20000 Westmark" zur Vorbereitung des 1. Mai einem "Solidaritätsfonds der Freunde der außerparlamentarischen Opposition" zur Verfügung zu stellen. Das klingt schon wie bei den Mafiosi, die sich am Ende von Billy Wilders "Manche mögen's heiß" ein Stelldichein als angebliche "Freunde der italienischen Oper" geben.

Die langfristig wichtigste Konsequenz in der brüchig gewordenen Beziehung zum SDS ist allerdings die von Ost-Berlin aus generalstabsmäßig vorbereitete Gründung eigener Organisationen, die die Aufgabe haben, das sich in der gegnerischen Republik bietende Protestpotential aufzufangen, zu bündeln und hinter die von der SED vorgegebenen Positionen zu stellen. Zunächst wird Anfang Mai in Essen die "Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ) gegründet, dann im September, nachdem klargeworden ist, daß es nicht zu der geforderten Aufhebung des KPD-Verbots kommen wird, in Offenbach die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und schließlich im Januar 1969 nach dem Ausschluß linientreuer Mitglieder aus dem SDS in Westhofen an der Ruhr der Marxistische Studentenbund Spartakus (MSB).

Neben den von der SED gesteuerten Organisationen waren Einrichtungen von Bedeutung, die als Kommunikations- und Veranstaltungszentren innerhalb der Bewegung galten, in Wirklichkeit aber der Stasi als "legale Dächer" für ihre Aktionen dienten. Sie besaßen den Vorteil, als fraktionsübergreifend und uneigennützig zu erscheinen. Damit konnten Informationen gewonnen und Desinformationen verbreitet werden, ohne gleich den Verdacht zu erwecken, besonders DDR-freundlich zu sein und den kommunistischen Organisationen nur in die Hände spielen zu

wollen. Die wichtigsten dieser Bewegungssituationen waren die Republikanischen Clubs (RC). Von West-Berlin aus setzte 1967 ein regelrechter Gründungsboom ein. Bis zum Oktober 1968 waren in der Bundesrepublik 42 dieser als völlig unverdächtig geltenden Clubs ins Leben gerufen worden.

Der prominenteste war zweifelsohne der Westberliner RC, der in einer Seitenstraße des Kurfürstendamms residierte. Zu seinen maßgeblichen Initiatoren zählte der frühere FDP-Bundestagsabgeordnete William Borm. Der damals bereits über siebzig Jahre alte Politiker war einer der hochrangigsten Einflußagenten der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) in Bonn und in West-Berlin. Während einer mehrjährigen Haft in der DDR war der Westberliner Unternehmer und spätere FDP-Landesvorsitzende von der Stasi erpreßt worden und schließlich "umgefallen". Die 150000 Mark, die er für den RC angeblich aus Überschüssen seiner Firma spendiert haben wollte, stammten in Wirklichkeit von der von Markus Wolf geleiteten HVA. Mit dem RC, in den von Johannes Agnoli und Peter Brückner bis zu Fritz Teufel und Gerhard Zwerenz alles strömte, was in der Apo Rang und Namen hatte, konnte das MfS Aktivitäten kontrollieren und massiven Einfluß auf Kampagnen, Veranstaltungen und Diskussionsprozesse nehmen.

Eines der bekanntesten Mitglieder im RC-Vorstand war der Journalist Carl Guggomos. Der ehemalige "Vorwärts"-Redakteur arbeitete ebenfalls für die HVA, trug den Decknamen "Gustav" und gab den "Berliner Extra-Dienst" heraus. Das bescheiden aufgemachte Informationsblatt erschien vom Mai 1967 an und wirkte wie ein vorgeschobener Horch- und Sendeposten in die Apo hinein. Zwei Stasi-Spezialisten für Desinformation haben 1991 berichtet, in welchem Maße der "Extra-Dienst" seinerzeit vom MfS eingesetzt worden ist: "Ohne unsere redaktionellen Beiträge und ohne unser Geld" hätte das Blatt gar nicht existieren können. Es waren also keineswegs die finanziellen Zuwendungen allein, die hier von Bedeutung waren, sondern in einem mindestens ebenso hohen Maße die von speziellen Desinformanten verfaßten Artikel, die die klatsch- und tratschsüchtige Szene beeinflussen sollten.

Wie eine Zeitschrift auf Linie gehalten wird, läßt sich einer Aktennotiz des Büros Norden vom Januar 1969 entnehmen. Darin wird über ein Treffen mit Paul Neuhöffer zur weiteren politischen Ausrichtung der "Blätter für deutsche und internationale Politik" berichtet. Zu ihrer Charakterisierung heißt es kommentarlos, sie stellten "eine linksliberale Zeitschrift" dar und "kein Organ zur Verbreitung des Marxismus". Mit anderen Worten, die Zeitschrift erfülle nur dann ihre Funktion innerhalb der kritischen westdeutschen Intelligenz, wenn sie keine marxistischen Positionen erkennen lasse, sondern sich mit linksliberalen begnüge.

Stasispitzel gab es auch

im Westen reichlich

Berichtet wird in dieser bemerkenswerten Notiz außerdem von einer geplanten Auftragsarbeit für den Kölner Autor Hans G. Helms. Er wolle "ein grundsätzliches Buch über die Stellung von Marx und Engels zum Anarchismus" schreiben - einen "Leitfaden für die Auseinandersetzungen mit anarchistischen Tendenzen in der westdeutschen Jugend", wie es mit beinahe diplomatischer Zurückhaltung heißt. "Der Autor wäre bereit", heißt es vertrauenerheischend weiter, "auf alle unsere Wünsche einzugehen." Das Problem bestehe lediglich darin, daß der ideologisch angeblich so selbstlose Autor finanziell alles andere als selbstlos ist und "25000 Mark West als Unkostenerstattung" verlangt. Es ist nicht bekannt, wie die weiteren Bemühungen Neuhöffers um das Werk verlaufen sind und ob diese oder eine vergleichbare Summe tatsächlich gezahlt worden ist. Erschienen jedenfalls ist das Buch noch im selben Jahr 1969 unter dem Titel "Fetisch Revolution" im Luchterhand Verlag.

Viel zu lange ist das Problem der IM in den letzten Jahren einseitig als eines der ehemaligen DDR hingestellt worden. Die Zahl derjenigen, die in der Bundesrepublik und West-Berlin für das MfS tätig gewesen sind, soll sich nach Schätzungen der Gauck-Behörde auf 20000 bis 30000 belaufen. Wieviel davon wiederum an Universitäten und Hochschulen spioniert haben, in Hochschulgruppen und Jugendorganisationen, in der Studenten-, Schüler- und Gewerkschaftsbewegung, ist kaum abzuschätzen. Zumeist ist es Zufällen zu verdanken, wenn der eine oder andere Fall herauskommt und etwas Licht in den langen Schatten der Linken wirft.

Und wie reagieren frühere Vorkämpfer von 1968 darauf, wenn ihnen vorgehalten wird, sie hätten für die Stasi gearbeitet? Im Grunde auch nicht anders als die ehemaligen MfS-Leute aus der DDR: Ableugnen, vertuschen, verschweigen, sich irgendwie durchlavieren, lautet die Devise. Der Arzt und Historiker Karl-Heinz "Karlo" Roth, einstige Galionsfigur des Hamburger SDS und später Vorzeige-Autonomer, schweigt sich aus, seitdem ihm von einem Nachrichtenmagazin vorgeworfen wird, er habe als "IM Zeus" für Mielkes Mannen in der Normannenstraße Spitzeldienste verrichtet. Und der ehemalige Bombenbastler Michael "Bommi" Baumann, der heute immer dann in Spiegel-TV zu sehen ist, wenn jemand "die wilden Zeiten von damals" kommentieren soll, versucht sich damit herauszureden, daß er damals keine andere Wahl gehabt und ohnehin niemandem geschadet habe. Herausgekommen war, daß er 1973 im Auftrag der Stasi ein Who's who des bewaffneten Kampfes geschrieben hat: 125 handgeschriebene Seiten über 94



Personen mit Angabe des jeweiligen Waffenkalibers, begangenen Überfällen und Anschlägen sowie den entsprechenden sexuellen Präferenzen. Darüber hinaus existieren 165 Seiten Vernehmungsprotokolle. Baumann hat innerhalb von sechs Wochen insgesamt 114 Stunden lang Insider-Wissen preisgegeben.

Ein anderes vertrauliches, an seine Frau gerichtetes Schreiben Rudi Dutschkes stammt vom 7. März 1975. Darin findet sich auch ein Hinweis, daß er in sein Tagebuch einen Brief "für den Fall eines ‚Unfalls‘" deponiert habe. Dieser Brief ist zwei Tage vor Beginn der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz aufgesetzt worden; der zweite, darauf Bezug nehmende Brief zwei Tage nach deren Ende. In einem Postskriptum heißt es andeutungsvoll: "Im Extra-Dienst sagten sie kurz vor der Lorenz-Sache, daß es am Donnerstag etwas geben werde . . ., die ‚Entführung‘ fand statt; hoffentlich findet in Hamburg keine Sauerei statt, Guggomos vom Extra-Dienst sagte mir gestern, Hamburg ist der nächste Punkt . . . Es ist schon eine Zeit verrückter Spinnereien und Spielereien . . . Dänemark hat da zur Zeit manche Vorteile . . ." Hier irrte Dutschke jedoch. Mit seinem Wohnsitz in Aarhus war er näher am Geschehen, als er es für möglich hielt. Was kurz darauf im April folgte, war keine weitere Entführung, sondern der Überfall eines RAF-Kommandos auf die bundesdeutsche Botschaft in Stockholm.

Bildunterschrift: Immer unter den Augen linker  
Leitfiguren: Rudi Dutschke spricht im Februar 1968  
in Frankfurt. Foto Archiv

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main  
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)